

Bezugspreis
für Halle monatlich bei zweimonatlicher
Zustellung 2.00 Mark, vierteljährlich
6.00 Mark, durch die Post 6.00 Mark
auschl. Zustellungsgebühr. Einzel-
nummern 15 Pf. Bestellungen werden
von allen Reichs-Postämtern er-
lassen. Im amtlichen Zeitungs-
verzeichnis unter Code-Zustellung ein-
getragen. Für unerlangt eingegan-
gene Manuskripte wird keine Gewähr
übernommen. Nachdruck nur mit der
Quellenangabe. Code-Zustellung ge-
sichert. Fernr. der Schriftleitung Nr. 1142
u. 1418, der Bezugs-Abt. Nr. 1133
Dörfel-Red. Leipzig Nr. 4639.

Volke-Zeitung

Dreihundertfünfundvierzigster Jahrgang.

Anzeigen
werden d. Tagesblatt 34 mm bre. Milli-
meterzeile u. der deren Raum mit
20 H. berechn. u. in unserer An-
zeigenschein u. allen Anzeigens-
scheinungen angenommen. Reklamen
die 24 mm bre. Millimeterzeile 60 Pf.
Anzeigen Annahme: Montag vorm.
11 Uhr, für die Sonntags-Nr. ab 8.
6 Uhr. Abbestellungen, soweit mög-
lich, müssen schriftlich erfolgen.
Erstausgabe: Halle. Erscheinung
tag: 2 mal, Sonntags 1 mal. Ver-
lag: u. Druckerei: Verlags- u. Druck-
haus: Neue Promenade 12, E. Braun-
hausstr. 17. Neben-Geschäftsstell.:
Markt 24 und Große Ulrichstr. 52.

Nr. 482.

Halle, Dienstag, den 14. Oktober.

1910.

Wann erfolgt die Abstimmung im Osten?

G e n f, 14. Okt. (Eigene Drahtnachricht.) „Echo de Paris“ meldet, daß die Abstimmung in den deutschen Gebieten nach einem Beschlusse des Rates der Alliierten nächst Monate nach Eintritt der Reichsgültigkeit des Friedens mit Deutschland stattfinden soll.

Tagung des parlamentarischen Untersuchungsausschusses.

Berlin, 14. Okt. (Eigene Drahtnachricht.) Heute vormittag hielt der parlamentarische Untersuchungsausschuss für die Schuld am Kriege eine kurze Sitzung ab, in der die Behandlung der Untersuchungssache durch die Untersuchungsausschüsse besprochen wurde. Wie wir hören, wird die Mitteilung 11 des Ausschusses noch in dieser Woche, spätestens aber am kommenden Montag eine öffentliche Sitzung abhalten, in der zum ersten Male über die Sache selbst verhandelt wird. In dieser Sitzung wird zunächst der rechtspolitische Abgeordnete Dr. Engelmeier ein Referat darüber erstatten, welches Einbruch er aus dem Affäre des Ansvorwürfs dieses gewannen habe. Der Ausschuss wird dann über die Friedensmöglichkeiten zunächst den früheren deutschen Vorkämpfer in Washington, Grafen Bernstorff, öffentlich vernommen werden, in der zum ersten Male über die Friedensmöglichkeiten durch die Vermittlung des Präsidialen Wilson bestanden haben. Nach dem Grafen Bernstorff wird der frühere Reichsminister Dr. Bethmann-Hollweg vor dem Ausschuss zu erscheinen haben. Im Laufe der nächsten Woche wird auch noch General Ludendorff von diesem Ausschuss gehört werden. Auch die Vernehmung Ludendorffs wird eine öffentliche sein. In nächster Zeit werden auch die drei anderen Untersuchungsausschüsse für die Untersuchung der Schuld am Kriege im Reichstagsgebäude tagen.

Die Nationalversammlung und die Entententenen.

Berlin, 14. Okt. (Eigene Drahtnachricht.) Heute vormittag um 10 Uhr ist der Ausschuß der Nationalversammlung für auswärtige Angelegenheiten im Reichstagsgebäude zu einer Sitzung zusammengetreten, um mit der Regierung die beiden letzten Noten der Entente und ihre Beantwortung zu beraten. In der Sitzung wird der Reichsminister des Innern, Hermann Müller, sprechen. Welche Noten werden, wie wir von einer dem Reichstagsgebäude nahegelegenen Seite hören, noch im Laufe dieser Woche beantwortet werden.

Verhärfung des Berliner Streiks?

Berlin, 14. Oktober. (Eigene Drahtnachricht.) Wie aus dem Verband der Berliner Metallindustriellen mitgeteilt wird, ist die Lage im Streik bis auf einen geringen Zuwachs der Streikenden unverändert. Die Streikenden angehalten werden, wie wir hören über das Maß der Unterstufung, das sie den streikenden Metallarbeitern leisten, erst in der heutigen Versammlung entscheiden. Sie haben den Streikenden ihre Unterstützung zugesagt und werden ihnen bei der weitgehenden Weise gewähren. Vom Verband der Metallisten und Helfer wird uns mitgeteilt, daß an einem Streik heute nicht gedacht wird. Man will in jedem Falle den Ablauf des Ultimatus abwarten. Vom Metallarbeiterverband wird uns geschrieben, daß man eine Verhärfung des Konfliktes für morgen erwartet. Die Sitzung des Vorstandes des Verbandes in Stuttgart, die gestern vor der Gründung geschiedet war, wird heute einen Aufsicht bringen, dem heute wird die Debatte über den Kampf in der Metallindustrie einleiten. Man ist der Ansicht, daß eine Verhärfung eintreten muß. Der Reichsminister, der sich ebenfalls in Stuttgart befindet, hat gestern durch ein Telegramm an das Reichsarbeitsministerium angeordnet, die Unternehmer anzuweisen, unverzüglich in Verhandlungen einzutreten.

Bermonds Angriff auf Riga.

Stockholm, 14. Okt. (Eigene Drahtnachricht.) Aber den Angriff auf Riga wird aus Helsinki gemeldet: Es gelang den Truppen des Obersten Analom-Bermonds, die auf dem linken Dünauer liegende letzte Vorposten zu besetzen. Der Versuch, den Übergang über die Düna zu machen, mißlang, die Frontenbrüche wurde von den Letten getrennt und die auf der Eisenbahnbrücke postierte Artillerie stellte daranshin die Beschießung ein. Das Bombardement Rigas am Freitag hat namentlich die Stadträte zwischen der Düna und dem Theaterboulevard schwer bekräftigt. Zahlreiche Häuser dieses Viertels weisen Beschädigung auf.

Befehlsübernahme durch General von Eberhardt.

Warschau, 14. Oktober. Generalleutnant von Eberhardt hat der litauischen Regierung telegraphisch mitgeteilt, daß er den Befehl über das letzte Reservestück von Graf von der Goltz übernommen habe, und daß es kein Bedenken sein werde, nicht nur mit der litauischen Regierung

in bestem Einvernehmen zu handeln, sondern auch die entsprechenden Zwischigkeiten zwischen den in Litauen stehenden russischen Truppen und der litauischen Regierung aus der Welt zu schaffen. Da ihm mit Rücksicht auf seine Aufgabe der Rückführung der deutschen Truppen der Schutz der hierzu benötigten Eisenbahnen besonders am Herzen liege und eine Gefährdung dieser Bahnen verhängt werden müsse, hat Generalleutnant von Eberhardt gleichzeitig den Wunsch nach einer persönlichen Rücksprache mit einem Bevollmächtigten Vertreter der litauischen Regierung ausgesprochen.

Die litauische Regierung hat sich mit einer Besprechung in Entlastung einverstanden erklärt und wird den Verkehrsminister und einen Offizier des Verteidigungsministeriums dorthin entsenden.

Ein polnischer Minister als Miturheber des Weltkrieges.

Warschau, 14. Okt. (Eigene Drahtnachricht.) Bekanntlich steht das im Auftrag des deutsch-herrschenden Staatssekretärs für Auswärtiges jüngst ausgesagte Wort fest, daß neben dem Grafen Bernstorff auch der damalige Finanzminister Bilinski als Urheber des Weltkrieges anzusehen sei. Nun ist Herr Bilinski auch zurzeit Minister der Finanzen, aber in Polen. Die in Prag erscheinende „Narodna Politika“ läßt sich aus Paris melden, daß die Alliierten und assoziierten Regierungen die Ansicht hätten, die Rolle der am Kriegsausbruch Schuldigen, die angeklagt werden sollen, zu vervollständigen, und zwar soll auf die Rolle auch Bilinski, der zurzeit in Polen ist, genommen werden.

Die deutschen Schiffe in der Ostsee und die Spermaßnahmen.

Aus Kiel läßt sich die „Post. Ztg.“ berichten, daß anscheinend alle in den letzten Tagen ausgelaufenen deutschen Schiffe inzwischen unbeschädigt entweder ihr Ziel erreicht, oder irgendwohin in Position angelassen sind. Am Sonntag und gestern sei eine Anzahl deutscher Schiffe von der Ostsee in Richtung angekommen. Sie trafen in der westlichen Ostsee zwei englische Kreuzer, erledigten die üblichen Grußpflichten und konnten ihre Reise ungehindert fortsetzen.

Schwere Ausschreitungen Frankfurter Eisenbahn-Werksstätten-Arbeiter.

In Frankfurt a. M. legten etwa 15 000 Arbeiter in sämtlichen Eisenbahn-Werksstätten und Betriebsämtern die Arbeit nieder und veranstalteten einen Demonstrationen vor das Direktionsgebäude. Als der Präsident erklärte, die Forderungen der Arbeiter aus eigener Machtvollkommenheit nicht erfüllen zu können, benötigte sich laut „Vorl. Tagebl.“ der Menge eine große Erregung und mehrere Hundert Arbeiter nahmen mit Gewalt von dem Gebäude Besitz.

Beschlüsse der belgischen Kammer.

Brüssel, 14. Okt. (Gardas-Reuters.) Die Einkommenssteuerverträge wurde von der Kammer angenommen. Damit hat die 1914 gewählte Kammer ihre Arbeiten abgeschlossen.

Die belgisch-holländischen Verhandlungen.

Amsterdam, 14. Okt. Der Pariser Korrespondent des „Telegraaf“ meldet, daß die direkten Verhandlungen zwischen Holland und Belgien über die Wirtshaftstragen infolge der Abreise der belgischen Delegierten vorläufig unterbrochen wurden. Man erwartet aber ihre baldige Wiederaufnahme. Informationen aus belgischen Quellen bestätigen, daß der holländische Standpunkt in den die Schelde und Limburg betreffenden militärischen Fragen von der holländischen Seite allgemein gebilligt werde. Holland wird das Recht erhalten, die Schelde in Kriegszeiten für bewaffnete Schiffe zu schließen.

Was Norwegen erhalten soll.

Kopenhagen, 13. Oktober. „Beelingske Tidende“ meldet aus Christiania: Bei einem Festmahle für den norwegischen Gesandten in Paris Wedel-Jarlsberg deutete Ministerpräsident Knudsen an, daß Norwegen außer Spitzbergen auch die Murmannküste von der Friedenskonferenz erhalten solle. Das Regierungsblatt „Dagbladet“ erwidert in den Anmerkungen von einem größeren Norwegen die Befähigung dafür, daß bereits ein wirklicher Vorschlag für den Wirtshaft der Murmannküste an Norwegen vorliegt.

Pfländerungen auf Jamaica.

London, 12. Oktober. Die „Times“ melden aus Kingston (Jamaica), daß in der Heimat jurisdiktorische Selenate das Geschäftsgebiet der Stadt überfallen und teilweise geplündert haben. 15 Missetäter wurden gefasst.

Der Postetat.

Auszug aus der Rede des demokratischen Abgeordneten Debus in der Nationalversammlung zum Postetat am 11. Oktober.

Die Reichspostverwaltung hat während des Krieges trotz ihrer durch die militärischen Maßnahmen notwendigen Mehrleistungen mit erheblichen Zuschüssen gearbeitet, die jetzt durch die erhöhten Gebühren ausgeglichen werden sollen. Es fragt sich, ob, nach Vertilgung und Verringerung im richtigen Verhältnis stehen. So ist beispielsweise die Postkarte gegenüber dem Briefe um das Doppelte erhöht worden. Schwer fallen ins Gewicht die Erhöhungen der Telegramm- und Fernsprechgeldern aus dem Verhältnisse der traurigen Verhältnisse. Deshalb haben wir beim Postgesetzentwurf gewünscht, daß zunächst die dreifache Gebühr für dringende Telegramme und Gespräche auf das Doppelte verabreicht würde. Aber ist uns das nicht gelungen und so fällt nun gegenwärtig nicht die doppelte Gebühr für Fernspreche und Telegramme, sondern die dreifache, weil fast ausschließlich Telegramme und Gespräche als bringende behandelt werden. Dabei hat das Publikum noch häufig in Kauf zu nehmen, daß die Telegramme als Briefe behandelt werden. In Baden ist, daß die ermäßigten Rücksendungsgebühren im Ortsverkehr durch eine Verordnung der Postverwaltung beseitigt wurden. Bekreiden läßt sich nicht, daß durch die neuen Gebühren eine Vereinfachung des Betriebes eingetreten ist. Manderlei Ersparnisse sind erzielt. Eine weitere Vereinfachung des Betriebes muß erfolgen. Zu diesem Zweck sollte man eine Beratung von Sachleuten stattfinden lassen. Der neuerrichtete Postetat ist dazu nicht die geeignete Infanz, weil ihm Leute aus dem Betriebe nicht angehören. Eine Verminderung des Schwellwertes und der unbilligen Staatskosten ist ebenfalls erforderlich. Der alte Post, daß weniger Posten in einer Stadt, als vorher, haben, daß der abgerichtigte Schwellwert eine besondere Kosten nicht mehr verursachen. Die technischen Betriebsmittel, Fernsprecher und Sprechmaschinen, können nach viel mehr verwendet werden. Im Fernverkehr muß mit billiger besetzten Kräften gearbeitet werden. In jeder Stadt mit elektrischem Straßenbahnbetriebe muß sich die Verwaltung diesen Betrieb nutzbar zu machen versuchen. Antipolllinien sollten in großen Umfang zur Verbesserung der Verkehrsbedingungen auf dem platten Lande eingerichtet werden. Zurzeit fehlt es ja da an Material. Sparsamkeit soll geliebt werden, aber nicht auf Kosten weiterer Verschlechterungen des Verkehrs, denn dieser ist unangenehm schon fast genug. Die alte Zustellung ist verdammt. Die Gründe der Verarmung kann man nicht verstehen lassen, aber es muß mit allen Mitteln Abhilfe geschaffen werden. Die nicht befristbare Unlust mancher Angestellten kann am besten auch durch die Beamtenauschüsse bekämpft werden. Wenn man auch im allgemeinen kein Freund von einer zu weitgehenden Aufsicht des Personals ist, so wird man doch dem Vorschlag der Postverwaltung, mehr Aufsichtstellen auf den Telefonämtern einzurichten, im Interesse des Betriebes zustimmen müssen. Wir sind ganz damit einverstanden, wenn gegen lästige Elemente mit härterer Strenge eingeschritten wird. Die verzögerte Abtragung der Telegramme läßt sich in den mittleren Städten auch durch Uebermittlung mittels Fernsprecher heben.

Das Ausfallen vieler Jünger beinträchtigt naturgemäß den Postbetrieb sehr stark. Der Mangel an gut gebildeten Personal trägt aber auch mit Schuld daran, wenn der Postbetrieb zu wünschen übrig läßt. Es geht nicht an, daß von den 20 000 Kräften nur etwa die Hälfte zum Teil mangelhaft ausgebildete Ausfühlerkräfte sind. Hier muß Abhilfe erfolgen. Das Publikum trägt zu dem Teil mit Schuld an dem Verkehrselend. Unangenehme Besetzung der Sendungen, mangelhafte Verpackung erschweren den Betrieb. Im vorigen Jahre waren 88 000 unanbringliche Pakete vorliegen und tagtäglich fast allein in Berlin 60 Beamte beschäftigt, die mangelhaft besetzten Briefe unterzubringen. Die Briefeinstellung in den Städten darf keinesfalls noch verschlechtert werden. Im Gegenteil sollte überall wo es möglich ist, eine vermehrte Briefeinstellung stattfinden. Die Kleinbriefe verdienen eine besondere Berücksichtigung. Bedauerlich bleibt, daß der Postverkehr infolge Personalmangels eingeschränkt wurde, nachdem er solche erfreuliche Aussicht eröffnet hatte. Möge die Postverwaltung versuchen, ihn so schnell wie möglich wieder herzustellen. Auch um die Verbindungen nach den besetzten Gebieten könnte sich die Postverwaltung noch mehr bemühen.

Die Porto- und Telegrammgebührenfreiheit muß so schnell wie möglich abgeschafft werden. Sie wird jetzt weidlich von militärischen und sonstigen Stellen auch im Privatinteresse ausgenutzt. Das hat eine unerträgliche Belastung des Verkehrs zur Folge. Auch die Postfreiheit der Truppen kann wegfallen. Der Postverkehr der sehr erheblich gemindert ist, läßt sich noch weiter steigern, wenn eine Verbilligung der Speditionen eingeführt wird. Für das öffentliche Gebiet ist die Errichtung eines neuen Postamtes in Düsseldorf erforderlich. Die Punkte-

